Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA
TANJA LINZ

May 2010

www.kasusa.org
www.kas.de

# Europe's Economic Crisis and the Future of the Euro

## Cato Institute, 11. Mai 2010

**Simeon Djankov,** ***Minister of Finance and Deputy Prime Minister of Bulgaria***
**Steve Hanke,** ***Senior Fellow, Cato Institute and Professor of Applied Economics, John Hopkins University***
**Ian Vasquez,** ***Director, Center for Global Liberty and Prosperity, Cato Institute***

Europa erholt sich nur langsam von der Finanzkrise. Der Staatsbankrott Griechenlands und die unsichere finanzielle Situation der südlichen EU-Länder üben enormen Druck auf den Euro aus. Die "Lissabon-Strategie" aus dem Jahre 2000, die Europa binnen zehn Jahren zum wettbewerbsfähigsten Land machen sollte, ist nicht aufgegangen. Auch das Programm „Europa 2020" lässt nicht allzu viel Hoffnung aufkommen, so das Cato Institute. Bei der Veranstaltung des Instituts hierzu, kam daher die Frage auf, was zu tun sei, um Europa wieder auf den Weg des wirtschaftlichen Wachstums zu bringen.

Simeon Djankow, Finanzminister und stellvertretender Premierminister von Bulgarien, ist der Ansicht, dass in erster Linie Europas mangelnde Wettbewerbsfähigkeit Schuld an der schlechten wirtschaftlichen Lage der EU sei. Diese würde den Euro mehr und mehr in Bedrängnis bringen, aber die europäischen Regierungen hätten mit dem jüngst verabschiedeten Rettungspaket für Griechenland bewiesen, dass sie dazu bereit wären, für die Stabilität der Währung einzustehen. Das sei jedoch nur ein erster Schritt gewesen.

Dass die EU im Vergleich zu Asien und den USA so wenig wettbewerbsfähig sei, läge an ihren zahlreichen Regulierungen und ihrer ablehnenden Haltung gegenüber Reformen. Die Europäer seien zu lange davon ausgegangen, dass sie so fortschrittlich seien, dass sie keine Neuregelungen bräuchten, die aktuelle Krise hätte jedoch einige zum Umdenken bewegt. Er ist daher der Meinung, dass Veränderungen aus dem „Neuen Europa" kommen würden. Länder wie Estland hätten deutlich aufgeholt und wären nun dazu bereit, der Eurozone beizutreten. Auch Bulgarien wäre mit seiner Finanzpolitik, mit einem Einheitssteuersatz von 10% und damit dem niedrigsten überhaupt, auf dem richtigen Weg Korruption zu bekämpfen und wettbewerbsfähiger zu werden. Djankow hofft daher, dass die Krise den Reformwillen zurück nach Europa bringt, wobei er drei als zentral betrachtet.

Zum einen eine Pensionsreform, da ganz Europa einen demographischen Rückgang zu verzeichnen habe. Darüberhinaus eine Reform der öffentlichen Verwaltung, um den enormen Bürokratieapparat und die damit zusammenhängenden Kosten abzubauen. In Bulgarien sieht er außerdem die Notwendigkeit einer Bildungsreform, da kein Austausch zwischen den Universitäten und Akademien der Wissenschaften stattfinden würde und dieser notwendig sei, um Fortschritt zu generieren.

Steve Hanke meint, dass Griechenlands Staatsbankrott nicht ohne weitreichende Reformen saniert werden könne, dass bis jetzt jedoch nicht viel passiert sei. Das lange Zögern Griechenlands, den Bankrott einzugestehen, hätte jegliches Vertrauen zerstört. Zwar hätte Griechenland bereits zwei Mal die Mehrwertsteuer erhöht, doch das allein würde nicht helfen. Es bräuchte einen „Big Bang" und sollte sich ein Beispiel an den Reformen nehmen, die von Rodger Douglas in den 80ern in Neuseeland durchgeführt wurden, um den Staat zu sanieren. Der erste Schritt dieses Big Bang solle daher die Umschuldung Griechenlands sein. In

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**USA**
TANJA LINZ

**May 2010**

**www.kasusa.org**
**www.kas.de**

einem zweiten Schritt sollte die Sozialversicherungssteuer abgeschafft werden und schließlich die Mehrwertsteuer vereinheitlicht. Alleine damit, selbst durch eine Abschaffung der Steuer, würde die Regierung höhere Gewinn einfahren, als sie es jetzt täte.

Das wäre Griechenlands einzige Möglichkeit, um seine Reputation wiederherzustellen. Er zieht den Vergleich zu Estland und Bulgarien, die, durch die feste Anbindung ihrer Währung an den Euro, Stabilität in ihre Wirtschaft gebracht hätten. Sie würden darüberhinaus jedoch auch vorsichtig haushalten, da sie wüssten, dass ihnen im Falle eines Staatsbankrotts niemand helfen würde. Sie könnten jedoch ihre Währung, anders als Griechenland, einfach abwerten. Die schlechte wirtschaftliche Lage Griechenlands sei jedoch von vorneherein kein Geheimnis gewesen und Griechenlands Aufnahme in die Währungsunion ein politischer Deal. Deswegen hätte Griechenland weiterhin Geld ausgegeben, das es nicht hatte, wohlwissend, dass die Europäische Union ihm helfen würde.